

► Allgemeines

Unabhängige Prüfung von Spenderorganisationen. Die jährliche Mitgliederversammlung des ICFO (International Committee on Fundraising Organizations) begrüßte die italienische Einrichtung zur Kontrolle von Spenderorganisationen, Istituto Italiano della Donazione/IID (www.istitutoitalianodonazione.it), als neuestes ICFO-Mitglied. IID wurde 2004 als italienische gemeinnützige Organisation gegründet. Ihre Zielsetzung ist sowohl die Förderung und Unterstützung von Leistungsgüte, Transparenz, Integrität, ehrlichem Management und ethischem Verhalten im Spendenwesen als auch die Prüfung und Überwachung der von ihr akkreditierten Hilfsorganisationen auf Einhaltung dieser Prinzipien. Das IID-Prüfverfahren basiert auf der „Carta della Donazione“, einem Verhaltenskodex für Spendensammlungen im italienischen gemeinnützigen Sektor. ICFO-Präsident Rollin van Broekhoven: „Alle ICFO-Mitglieder wissen um die schwierige Aufgabenstellung und Herausforderung, einerseits sachgerechte Leitlinien und eine stringente Überwachungsmethodik aufzubauen, und zum anderen die Akzeptanz des NPO-Sektors für eine unabhängige „Watchdog“-Institution zu erringen. Mit seinem Fachwissen, seiner Kompetenz und Dynamik wird IID maßgeblich dazu beitragen, die Rolle des ICFO als weltweites Bündnis nationaler Überwachungsinstitutionen zu stärken ... Wir hoffen, in naher Zukunft auch neue Mitglieder aus Spanien, den Philippinen und Indien begrüßen zu dürfen.“ Quelle: Pressemitteilung des ICFO vom 4. Mai 2006

Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wollen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgehen. Der Bundestag verwies zwei Anträge der Fraktionen in die Ausschüsse. Die Grünen legen in ihrem Antrag (16/1125) dar, dass nach einer Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation etwa 70 % aller Opfer von Menschenhandel in erster Linie Opfer sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution seien. Die Fraktion verlangt von der Regierung, Opfern einen längeren oder dauerhaften Aufenthalt zu gewähren, die Möglichkeit einer selbstbestimmten Arbeit zu eröffnen und die Rückführung in ihr Herkunftsland vom Votum einer Beratungsstelle abhängig zu machen. Sie führt aus, zur Bekämpfung des Menschenhandels genüge es nicht, sich allein auf die Strafverfolgung zu konzentrieren, und schlägt darüber hinaus eine europaweit gültige Notrufnummer als Anlaufstelle für Opfer von Menschenhandel vor. Die Linke fordert in ihrem Antrag (16/1006), dass betroffenen Frauen eine aufenthaltsrechtliche „Bedenk- und Stabilisierungsfrist“ von sechs Monaten gewährt wird. Quelle: Das Parlament 15/16.2006

Landesnetzwerk in Bayern schafft Basis für Freiwilligenarbeit. „Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule der Gesellschaft. Insgesamt stellen sich rund 37 % aller Bewohnerinnen und Bewohner in Bayern ab 14

Jahre, das sind über 3,8 Mio. Menschen, ehrenamtlich in den Dienst der Gemeinschaft. Ein weiteres Drittel ist grundsätzlich zum Ehrenamt bereit. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass dieses derzeit brach liegende „zweite Drittel“ grundsätzlich zum Ehrenamt bereiter Menschen aktiviert werden kann. Deshalb ist der Freistaat gefragt, in Kooperation mit den Kommunen mehr Anlaufstellen zu schaffen, die bürgerschaftliches Engagement vor Ort vermitteln. Darauf wies Bayerns Sozialministerin Christa Stewens bei einem Perspektiven-Workshop zum bürgerschaftlichen Engagement in München hin. Zur Unterstützung richtete die Staatsregierung im Jahr 2003 das „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Bayern“ (www.wir-fuer-uns.net) ein. Als Servicestelle, in der wichtige Informationen gebündelt und weitergegeben werden, soll es den Kommunen, Vereinen und Organisationen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 193/06

Aktionsprogramme Partizipation und interkulturelle politische Bildung. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung von Benno Hafenerger und anderen. Hrsg. Hessisches Sozialministerium, Selbstverlag. Wiesbaden 2006, 137 S., kostenfrei *DZI-D-7555*

Für neue Impulse sind Aktionsprogramme bewährte Instrumente. Mit dem hier dokumentierten Programm wurden in Hessen auf der Grundlage des Jugendbildungsförderungsgesetzes zwei Facetten der außerschulischen Jugendbildung ins Visier genommen. In den Jahren 2003 bis 2005 wurden insgesamt 17 innovative Projekte mit zwei thematischen Schwerpunkten gefördert: Im Schwerpunkt „Partizipation“ waren acht Projekte und in dem Schwerpunkt „Interkulturelle politische Bildung“ neun Projekte von unterschiedlichen öffentlichen und freien Trägern der außerschulischen Jugendbildung eingebunden. Das Land Hessen stellte mit der wissenschaftlichen Begleitung sicher, dass relevante Ergebnisse aus der Praxis erhoben wurden. In dem vorliegenden Bericht wird sowohl anschaulich als auch wissenschaftlich fundiert beschrieben, wie Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte in Gemeinwesen, Vereinen und Verbänden integriert wurden. Insbesondere unterschiedliche Jugendbildungsträger, außerschulische und schulische Partner der sozialpolitischen Bildung kooperierten mit neuen Formen und Inhalten. Es ist die Intention des Berichtes, für die jugendpolitische und pädagogische Diskussion anregendes Material anzubieten. Bezugssadresse: Hessisches Sozialministerium, Dostojewskistr. 4, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/817-0, Fax: 06 11/890 84-0

► Soziales

Rentenversicherungs- und Alterssicherungsbericht.

Die Bundesregierung hat mit einiger Verspätung den Rentenversicherungsbericht 2005 und den Alterssicherungsbericht 2005 veröffentlicht. Aus dem erstgenannten, der nach dem Sozialgesetzbuch VI jährlich im November erscheinen soll, gehen die aktuellen Entwicklungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung hervor. Wesentliche Aussagen sind, dass das Bruttorentenniveau von 53 % (2003) auf voraussichtlich 46 % (2020) absinken wird. Mitte 2004 bezogen 19,8 Mio. Menschen Rente, deren Höhe bei Männern durchschnittlich 982 Euro (West: 973 Euro; Ost: 1 018 Euro) und bei Frauen 521 Euro (West: 479 Euro; Ost: 659

Euro) betrug. Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherten wird 2007 um 0,4 Punkte auf 19,9 % angehoben und soll mindestens bis zum Jahr 2009 stabil gehalten werden. Der Alterssicherungsbericht 2005, zu dessen Erstellung die Bundesregierung einmal in ihrer Legislaturperiode verpflichtet ist, umfasst nicht nur die Situation der Rentenversicherung, sondern die Alterssicherung aller Personen über 65 Jahre, also insbesondere auch die Entwicklungen im Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Quelle: Paritätischer Rundbrief des Landesverbandes Berlin 4/2006

Gemeinsame Empfehlung „Sozialdienste“. Zum März 2006 ist die Gemeinsame Empfehlung nach § 13.2 Nr. 10 Sozialgesetzbuch IX über die Zusammenarbeit mit Sozialdiensten und vergleichbaren Stellen in Kraft getreten. Behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen haben rechtlich einen Anspruch auf Beratung und Hilfe. Sozialdienste und vergleichbare Einrichtungen sind neben gemeinsamen Servicestellen und weiteren Auskunfts- und Beratungsmöglichkeiten der Rehabilitationsträger wichtige Anlaufstellen, insbesondere im Zusammenhang mit Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsplatz, Arbeitsleben und Leben in der Gemeinschaft. In der Empfehlung werden die Aufgaben von Sozialdiensten hinsichtlich Koordination und Kooperation beschrieben. Sie arbeiten beratend nach umfassendem, ganzheitlichem Ansatz. Ziel ihrer Arbeit ist es, durch Information, gezielte Intervention und Unterstützung des betroffenen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemein-

schaft zu ermöglichen. Sie sind auf Grund ihrer interdisziplinären Perspektive und ihrer ganzheitlichen Arbeitsweise Kooperationspartner für die Rehabilitationsträger und alle anderen Beteiligten. Die Gemeinsame Empfehlung steht im Internet unter www.bar-frankfurt.de kostenlos zur Verfügung. Quelle: Reha-Info der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 1.2006

Mann im Knast ... was nun? Ratgeber für Angehörige von Inhaftierten und Haftentlassenen. Vierte Auflage. Von Heike Clephas. Hrsg. Chance e.V. Selbstverlag. Münster 2005, 122 S., EUR 6,- *DZI-D-7535*

Inhaftierung bedeutet einen schwer wiegenden Einschnitt in das bisherige Leben. Vor allem auf Ehefrauen und Lebenspartnerinnen kommen psychische, soziale und finanzielle Belastungen zu. Angehörige tragen nunmehr die alleinige Verantwortung für sich. Diese Verantwortung erhöht sich, wenn Kinder aus der Partnerschaft hervorgegangen sind. Die Überarbeitung dieses Ratgebers wurde vor allem auf Grund der Hartz-Reformen notwendig. Mit der IV. Stufe im Jahr 2005 hat sich die Gesetzeslage hinsichtlich der finanziellen Ansprüche der Betroffenen stark verändert. Der umfangreichste Teil widmet sich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und den damit verbundenen Rechten und Möglichkeiten der Existenzsicherung. Eine Trennung durch Inhaftierung belastet eine partnerschaftliche Beziehung. Der Ratgeber führt daher Möglichkeiten der Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Partnerschaft auf. Für Kinder ist die Inhaftierung ein einschneidendes Erlebnis, da eine wichtige Bezugsperson plötzlich wegfällt.

Um negativen Folgen entgegenzuwirken, informiert das Buch Mütter über den Umgang mit dieser Situation. Bestellanschrift: Chance e.V. Bohlweg 68 a, 48147 Münster, Tel.: 02 51/620 88-0, Fax: 02 51/620 99-49, E-Mail: info@chance-muenster.de

Online-Suche nach Angeboten des Betreuten Wohnens. Betreutes Wohnen ermöglicht auch im Alter ein selbstständiges Leben: Es verbindet seniorengerecht gestalteten Wohnraum mit Dienstleistungen. Zu den Angeboten können zum Beispiel ein Hausnotrufanschluss, Mahlzeiten, Wäsche- und Wohnungspflege und Handwerkerdienste gehören. Bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit können die Bewohnerinnen und Bewohner in der Regel in der Wohnung bleiben und werden dort von einem Pflegedienst ihrer Wahl versorgt. Ein Internetangebot des Sozialministeriums von Rheinland-Pfalz ermöglicht jetzt die Onlinesuche nach geeigneten Einrichtungen des Betreuten Wohnens. Unter der Adresse www.onlinesuche.rlp.de können entsprechende Angebote in diesem Bundesland gesucht und untereinander verglichen werden. Insgesamt 53 Anbietende von Betreutem Wohnen in Seniorenresidenzen, Wohnanlagen und Altenzentren sind verfügbar, die Liste wird laufend erweitert. Über diese Suche können die Anzahl der pro Anlage angebotenen Wohnungen, deren Größe, die behindertengerechte Ausstattung, die gemeindenehe Infrastruktur, die Beschreibung der Wohnanlage bis zu den monatlichen Kosten abgerufen werden. Quelle: Presseerklärung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz 048-4/06

► Gesundheit

Gesundheitsaufklärung für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ob Türkisch, Italienisch, Griechisch, Urdu oder Punjabi – im medizinischen Callcenter der BKK-MediService werden Anfragen und Gespräche rund um chronische Erkrankungen international geführt. Versicherte der Betriebskrankenkassen, die an einem der Disease-Management-Programme teilnehmen, werden hier betreut, und zwar – wann immer es nötig und möglich ist – in ihrer Muttersprache. Zunächst erfolgt der Gesprächsversuch zwar in Deutsch, bei Bedarf werden die Anrufler den jedoch an entsprechend sprachkundige Beschäftigte weitergeleitet. Diese übernehmen dann die Beratung und kümmern sich um Fragen und Anliegen der Versicherten. Migranten, die die deutsche Sprache nicht oder nur teilweise verstehen, haben es im deutschen Gesundheitswesen schwer. Sie können ihre Probleme und Anliegen oft nicht adressieren und wichtige Informationen über Behandlungsmöglichkeiten bleiben ihnen vorenthalten. Dabei sind sie durchaus nicht seltener krank. Eine universitäre Studie kam zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass in Deutschland lebende Türkinnen und Türken doppelt so häufig an Diabetes erkranken wie Deutsche. Chronisch Kranke profitieren nachweislich von der Teilnahme an einem Disease-Management-Programm, denn die DMP-Patienten und -Patientinnen erhalten zusätzlich zur ärztlichen Versorgung eine unterstützende Begleitung durch ihre Krankenkasse. Quelle: Newsletter der BKK-MediService vom April 2006

Ernährung beeinflusst geistige Gesundheit. Die britische Mental Health Foundation hat untersucht, wie sich

die Ernährung auf das Gehirn auswirkt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die veränderte Herstellung der Lebensmittel und das geänderte Essverhalten (weniger frische Nahrung) in den letzten 50 Jahren Gründe für psychische Erkrankungen seien. So seien Depressionen, Gedächtnisprobleme bis hin zu Alzheimer oder auch Schizophrenie darauf zurückzuführen, dass dem Gehirn nicht mehr genügend Nährstoffe zur Verfügung gestellt werden. Quelle: Das freie Medikament 3/4.2006

Projekt 24-Stunden-Pflege. Ein Bericht über beruflich Pflegende. Von einer Projektgruppe der Fachhochschule Jena. Hrsg. Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Selbstverlag. Erfurt 2005, 52 S., kostenfrei *DZI-D-7556*

Eine Verbesserung der Ausbildung zur Pflege allein reicht nicht, um eines der größten Probleme des Pflegealltags zu lösen – die Bürokratie. Das ist das Ergebnis einer Studie zur Wirklichkeit des Pflegealltags, die Studierende im Studiengang Pflege/Pflegemanagement der Fachhochschule Jena durchführten. Die Befragung von Pflegenden ergab, dass sie die Pflegedokumentation zwar für notwendig erachten, aber auch als große Belastung empfinden. Ein Drittel bis die Hälfte ihrer Arbeitszeit müssten sie dafür aufwenden. Zeit, die sie lieber für die Patienten und Patientinnen haben würden. Ein anderer Aspekt der Studie ist der Umgang mit der psychischen Belastung im Pflegealltag. Es wird ein hoher Bedarf an Beratung gesehen und gefordert, Supervision als substanzielles Merkmal der Berufstätigkeit anzuerkennen, das der Arbeitgeber organisiert und finanziert. Bestellanschrift: Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Werner-Seelenbinder-Str. 6, 99096 Erfurt, Tel: 03 61/37-900, Fax: 03 61/37 98-800, E-Mail: Poststelle@tmsfg.thueringen.de

Selbstschutz gegen Hörschäden. Anlässlich des „Tages gegen Lärm“, dem 25. April, warnte der Umweltminister des Freistaates Sachsen vor Gefahren durch Freizeitlärm, wie zum Beispiel laute Musik. Dabei sei es besonders wichtig, das Bewusstsein von Jugendlichen dahingehend zu schärfen. So könne bereits ein Ohrenstöpsel den Pegel um bis zu 30 Dezibel senken. Wenn beispielsweise in einer Diskothek Pegel zwischen 102 und 112 Dezibel gemessen werden, so ist das etwa so laut wie eine Kettenäge oder ein Überschallflugzeug. Je lauter Lärm sei, desto schneller trete ein Schaden ein. Habe man keine Ohrenstöpsel zur Hand, so solle man in einer Disco oder bei Konzerten genügenden Abstand von den Musikboxen halten beziehungsweise beim Disc- oder Walkman mal die Kopfhörer abnehmen. Ist ein Schaden erst einmal eingetreten, lasse er sich durch nichts mehr beseitigen. Quelle: Pressemitteilung des Staatsministeriums für Soziales des Freistaates Sachsen 57.2006

Essgewohnheiten. Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz startete die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel kürzlich die Nationale Verzehrstudie II. Ein Jahr lang werden rund 20 000 Bundesbürgerinnen und -bürger zwischen dem 14. und 80. Lebensjahr in 500 Städten und Gemeinden zu ihren Ernährungsgewohnheiten befragt. Sie wurden nach statistischen Gesichtspunkten ausgewählt und eingeladen, sich an der Studie zu beteiligen.

Dabei werden in einem persönlichen Gespräch von Mitarbeitenden eines Markforschungsinstituts zunächst Details der Essgewohnheiten sowie der Lebensumstände erhoben. Danach werden die Teilnehmenden in den folgenden Wochen noch zwei Mal angerufen und gefragt, welche Speisen sie in den zurückliegenden 24 Stunden zu sich genommen hätten. Die Antworten werden anonym ausgewertet. Das Bundesministerium erhofft sich von der Studie unter anderem Aufschlüsse über regionale Unterschiede bei den Ernährungsgewohnheiten, die Einstellung der Teilnehmenden zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln sowie zu Bioprodukten und den Stellenwert von Fertiglebensmitteln. Zudem sollen aktuelle Erkenntnisse darüber gewonnen werden, von welchen Nährstoffen zu viel genommen wird und von welchen zu wenig. Die letzte große Verzehrstudie liegt 20 Jahre zurück. Informationen darüber unter www.was-esse-ich.de Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 4.2006

► Jugend und Familie

Schutz von Kindern durch soziale Frühwarnsysteme. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird in dieser Legislaturperiode im Rahmen des Schwerpunkts „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ eine Initiative für einen besseren Schutz gefährdeter Kinder vorantreiben. Dazu sollen bestehende Modelle in unterschiedlichen Regionen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und ihrer Eignung für die sozialen Versorgungsstrukturen in Deutschland evaluiert und neue Ansätze erprobt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf

Kindern aus besonders belasteten Familien und dem Schließen struktureller Versorgungslücken. Bereits während der Schwangerschaft und auch in dem Geburtszeitraum sollen durch eine Verzahnung von Gesundheitssystemen und Jugendhilfe Risiken erkannt und frühzeitig Hilfen eingeleitet werden. Eltern erhalten rechtzeitig und gezielt Hilfe. Für dieses Programm sieht der Koalitionsvertrag in den nächsten fünf Jahren zehn Mio. Euro vor. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 39.2006 vom 26.4.2006

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Hinweise zum Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen nach § 35 a SGB VIII. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag. München 2005, 63 S., keine Preisangabe *DZI-D-7415*

Das Ziel eines Workshops zu oben genanntem Thema war das Bestreben, möglichst einheitliche Strategien im Umgang mit der Eingliederungshilfe im Einvernehmen mit der Praxis der Jugendämter in Bayern zu finden, um gemäß dem gesetzlichen Auftrag und den sich daraus ergebenden Problemen zu einem angemessenen Vollzug zu gelangen. Dazu wurden die wichtigsten Fragen zusammengestellt, gemeinsam erörtert und im Ergebnis dokumentiert. Als ein Resultat wurde eine teilstandardisierte Arbeitshilfe entwickelt, die ebenfalls enthalten ist. Bestellanschrift: Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80
E-Mail: poststelle@blja.bayern.de

Familienfreundlicher Tarifabschluss in Hamburg. Bei den Tarifverhandlungen in Hamburg verständigten sich die kommunalen Arbeitgeber und die Gewerkschaft Verdi für rund 20 000 Beschäftigte auf differenzierte Arbeitszeiten zwischen 38 und 40 Wochenstunden. Das Besondere an diesem Tarifabschluss ist eine erstmalige Rücksichtnahme auf Familien mit Kindern: Künftig arbeiten Jüngere und besser Verdienende länger als Ältere und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern. Wenn diese ein Kind unter zwölf Jahren haben, dann reduziert sich die Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Nach Angaben eines Tarifexperten gab es bislang nur tarifliche Arbeitszeitdifferenzierungen nach Lebensalter, aber keine Rücksichtnahme auf die Familiensituation. Die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt hat die Vereinbarung für den öffentlichen Dienst in Hamburg als „Meilenstein in der Geschichte der Tarifpolitik“ gelobt. „Mit diesem Weg weisen den Abschluss legt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Tarifvertrag fest, dass diejenigen, die sich um Kinder kümmern, bei gleicher Entlohnung geringere Arbeitszeiten haben als andere Beschäftigte.“ Sie hoffe, dass dieser Abschluss auch bei anderen Tarifverträgen Schule mache. Quelle: Newsletter des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. 4.2006

Jugendkriminalität. Insgesamt 150 000 Jugendliche (14 bis 18 Jahre) und Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) standen 2003 vor einem Jugendrichter, einer Jugendrichterin, bei einem Drittel wurde das Verfahren eingestellt. So lauten die neuesten Zahlen des Bundesjustizministeriums. Bei den rechtskräftig Verurteilten bestimmte der Erziehungsgeraden die Sanktionen. In gut der Hälfte der Fälle wurden Zuchtmittel verhängt, also Verwarnungen wie das Erteilen von Auflagen (Schadenswiedergutmachung, Entschuldigung bei den Verletzten, Geldstrafe, Arbeitsleistung) oder Jugendarrest. In 4,7 % aller Fälle wurden Erziehungsmaßregeln verhängt. Darunter versteht man Maßnahmen, die die Erziehung der Jugendlichen fördern sollen, wie Betreutes Wohnen oder die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs sowie Arbeitsleistungen. 7,1 % der Jugendlichen bekamen eine Jugendstrafe mit Bewährung, 4,4 % eine Jugendstrafe ohne Bewährung. Von den Verurteilten wird etwa ein Drittel in einem Zeitraum von vier Jahren wieder registriert. Quelle: Das Parlament 15/15.2006

Kleine Schule, ganz groß. Evaluationsinstrumente für die Kooperation von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit der Offenen Ganztagsschule. Hrg. Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW. Selbstverlag. Köln 2005, EUR 7,- *DZI-D-7470*

Mittels des Konzeptes „Offene Ganztagsschule“ soll die übliche Zweiteilung zwischen Bildung und Erziehung am Vormittag einerseits und Betreuung am Nachmittag andererseits aufgehoben werden. Ziel ist ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot zur besseren Förderung von Schülerinnen und Schülern. Wie viele andere Träger und Fachkräfte der Jugendhilfe sah und sieht auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit in dieser Entwicklung eine große Chance, verstärkt mit der Schule zu kooperieren und auf diesen Sozialraum als wichtiges Lebensmilieu ihrer Besucher und Besucherinnen Einfluss nehmen zu können. Die Katholische Offene Kinder- und Jugendarbeit fühlt

sich einem ganzheitlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag im außerschulischen Feld verpflichtet. Sie versteht sich als Anwältin von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern und erfüllt diese Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Kinder- und Jugendfördergesetz NRW. Bezugsadresse: LAG Kath. Offene Kinder- und Jugendarbeit NRW, Am Kielhof 2, 51105 Köln, Tel.: 02 21/89 99 33-0, E-Mail: info@lag-kath-okja-nrw.de

Jugendhilfeprojekte des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). Der LVR will in diesem Jahr modellhafte Projekte der Jugendhilfe mit mehr als 340 000 Euro aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des LVR fördern, wobei der Stiftungsbeirat der Kultur- und Sozialstiftung noch entscheiden muss. Die Fördersumme setzt sich zusammen aus 45 000 Euro Initialförderung als Starthilfe für Projekte, 132 000 Euro Weiterförderung von Modellprojekten aus 2004 und 2005 und 163 000 Euro für neue Modellprojekte in 2006. Für die diesjährige Modellförderung konnten sich Jugendhilfeprojekte aus drei Themenfeldern bewerben: „Koordination und Organisation einer institutsübergreifenden, frühen Förderung von Kindern mit dem Ziel der Prävention von Armutssfolgen“, „Betreuung und Förderung schulpflichtiger junger Mütter und deren Kindern unter drei Jahren“ und „Hilfen zur Erziehung für besondere Zielgruppen“. Zur Förderung im Jahr 2006 sind 13 Projekte aus dem gesamten LVR-Gebiet vorgeschlagen, insgesamt waren 41 Anträge eingegangen. Quelle: Information des LVR vom 27. April 2006

► Ausbildung und Beruf

Qualitätssicherung in Aus- und Weiterbildung. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat einen Arbeitskreis „Qualitätssicherung beruflicher Aus- und Weiterbildung“ eingerichtet. Zentrale Aufgaben des Arbeitskreises sind, vordringliche Forschungsfelder auf dem Gebiet der Qualitätssicherung zu identifizieren und durch vernetzte Forschungs- und Entwicklungsprojekte die Qualitätssicherungspraxis zu fördern. Ausgangspunkt dafür bildet eine Zusammenstellung bereits vom BIBB geleisteter Arbeiten zu Qualitätsfragen, auf die die weiteren Aktivitäten aufbauen können. Die Zusammenstellung erscheint in Kürze als wissenschaftliches Diskussionspapier und kann über www.bibb.de eingesehen werden. Quelle: BIBB-Forschung 2.2006

Fachhochschule der Diakonie gegründet. Im Oktober 2006 wird die neue Fachhochschule (FH) der Diakonie in Bielefeld ihren Lehrbetrieb aufnehmen. Sie bietet Studiengänge für die untere und mittlere Leitungsebene in sozialen Einrichtungen an. Eine Besonderheit der zunächst geplanten drei Studiengänge Management, Beratung und Anleitung, Diakonin/Diakon ist eine enge Verbindung zwischen Praxis und Theorie. Die Studierenden arbeiten in Krankenhäusern, Heimen und ambulanten Diensten und qualifizieren sich berufsbegleitend an der „FH der Diakonie“ weiter. Träger ist eine gemeinnützige GmbH, an der 14 diakonische Einrichtungen sowie das Diakonische Werk der EKD beteiligt sind. Weitere Informationen unter www.fh-diakonie.de Quelle: Diakonie Report 2.2006

Sozialpädagogische Prozessbegleiterinnen. 17 Frauen absolvierten die erste bundesweite interdisziplinäre Weiter-

bildung zur Sozialpädagogischen Prozessbegleitung. Das Pilotprojekt des Instituts „Recht Würde Helfen – Opferschutz im Strafverfahren e.V.“ endete im Mai 2006 nach acht Monaten Dauer. Die „Pilotinnen“ werden Zeugen und Zeuginnen durch das gesamte Strafverfahren begleiten, ihnen das komplexe strafrechtliche Geschehen erklären, Gefühle und Ängste der Opferzeuginnen und -zeugen ernst nehmen, diese in den Mittelpunkt stellen und ihnen helfen, ihre Rechte wahrzunehmen. Information: Recht Würde Helfen, Beate Hinrichs, Tel.: 02 21/126 07 17
E-Mail: hinrichs-b@t-online.de

Masterstudiengang Konfliktmanagement und Gewaltprävention. An der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie in Hamburg beginnt im Wintersemester 2006/7 dieser Masterstudiengang. Vorrangiges Ziel des postgradualen Studiengangs ist es, wissenschaftlich begründete und professionell ausgewiesene Kompetenzen im Umgang mit Erscheinungsformen sozialer Konflikte zu erwerben. Zielgruppe sind insbesondere Absolventinnen und Absolventen sozialwissenschaftlicher Studiengänge, die mehrjährige berufliche Erfahrungen in einem Arbeitsfeld haben, in welchem der Umgang mit Konflikten und Gewalt reflektiert, analysiert und gegebenenfalls verändert werden soll. Weitere Informationen: Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie, Horner Weg 170, 22111 Hamburg, Tel.: 040/655 91-180
E-Mail: ev-fhs-hh@rauheshaus.de

Gemeindepsychiatrische Zusatzausbildung (GPZA). Die Richtlinien zur ambulanten häuslichen Krankenpflege nach § 37 Sozialgesetzbuch V sind ergänzt worden. Auch psychisch erkrankte Menschen (inklusive Gerontopsychiatrie) können nun Versicherungsleistungen beziehen. Diese Leistungen dürfen nur von Krankenpflegekräften mit einer sozialpsychiatrischen Zusatzausbildung oder einer psychiatrischen Fachpflegeausbildung erbracht werden. Zudem muss ein spezialisierter Fachpflegedienst mindesten vier Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen mit einer solchen Qualifikation vorhalten. Die Paritätische Akademie plant, den nächsten Kurs Gemeindepsychiatrische Zusatzausbildung Ende August 2006 zu beginnen. Der Zertifikatskurs geht über ungefähr 2 1/2 Jahre und umfasst rund 750 Stunden. Information: Paritätische Akademie, Oranienburger Str. 13/14, 10178 Berlin, Tel.: 030/246 36-446
E-Mail: haering@akademie.org

Tagungskalender

3.-5.7.2006 Trier. Fortbildung für Führungs- und Leitungskräfte in Profit- und Non-Profit-Organisationen: Führen, Leiten und neu gestalten. Anmeldung: Katholische Akademie Trier, Auf der Jüngt 1, 54293 Trier, Tel.: 06 51/81 05-232, Fax: 06 51/81 05-434
E-Mail: abteilung.arbeit@bistum-trier.de

10.-14.7.2006 Salzburg. Internationale Pädagogische Werktagung: Ich kann. Du kannst. Wir können. Selbstwirksamkeit und Zutrauen. Information: Katholisches Bildungswerk Salzburg, Raiffeisenstr. 2, A-5061 Elsbethen
E-Mail: pwt@bildung.kirchen.net

21.-22.8.2006 Berlin. Seminar: Angehörigenarbeit bei Menschen mit geistiger Behinderung. Information: Paritätische Akademie, Oranienburger Str. 13/14, 10178 Berlin, Tel.: 030/246 36-440, Fax: 030/275 94-144
E-Mail: paritaetischer@akademie.org

11.-15.9.2006 Freiburg im Breisgau. Projekt-Management – Effektiv planen und erfolgreich zusammenarbeiten. Information: Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 420, 79004 Freiburg, Tel: 07 61/200-538, Fax: 07 61/200-199, E-Mail: akademie@caritas.de

4.-6.10.2006 Mülheim an der Ruhr. Seminar: Abschied nehmen – Teil eines gelingenden Lebens. Wege der Auseinandersetzung mit Sterben, Tod und Trauer in der Begleitung von Menschen mit Behinderung. Information: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-13
E-Mail: reinhard.jankuhn@bvkdm.de

4.-8.10.2006 Berlin. Konferenz der International Federation of Settlements and Neighbourhood Centers: 80 Jahre ifs – Unter einem Dach/Under one Roof. Information: Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Landesverband Berlin, Tucholskystr. 11, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 09 61 03, Fax: 030/862 11 55, E-Mail: bund@sozkult.de

19.-21.10.2006 Bochum. 6. Bundestagung der Deutschen Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV) e.V.: Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Gewalt als interdisziplinäre Herausforderung. Information: DGgKV e.V., Geschäftsstelle, Königsweg 9, 24103 Kiel, Tel: 04 31/67 12 84, Fax: 04 31/67 49 43
E-Mail: info@dgkv.de

23.-27.10.2006 Weingarten (Oberschwaben). Seminar für Führungskräfte: Führen und Verändern. Wer führt, verändert. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de